



**Lebenshilfe
Hessen**



Arbeitskreis Sozialpolitik der SPD-Landtagsfraktion diskutiert mit dem Lebenshilfe Landesverband in Marburg

Der Arbeitskreis Sozialpolitik der SPD-Landtagsfraktion besuchte am 1. September 2011 den Landesverband der Lebenshilfe in Marburg, um aktuelle Themen zu diskutieren. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage der Umsetzung der UN-Behindertenkonvention und dabei insbesondere das Thema Inklusion in der Kindertagesstätte und in der Schule.

Ausgehend von der Problematik des immer stärkeren Fachkräftemangels im Bereich der Behinderten- und Jugendhilfe wurde von Seiten der Vertreter der Lebenshilfe eine gesellschaftliche Höherbewertung der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten und der Behindertenhilfe als dringend notwendig angesehen. Hierzu zählen die Verbesserung der tariflichen Vergütung, die zukünftige Vermeidung von befristeten Planstellen sowie kontinuierliche Fort- und Weiterbildung, um den ständig steigenden fachlichen Anforderungen in den Einrichtungen und Fachdiensten zu entsprechen.

Zusätzlich wurde die Unterstützung der staatlichen und privaten Fachschulen für die unterschiedlichen sozialen Berufe gefordert, damit diese ihre Ausbildungskapazitäten für die Berufe der Heilerziehungspflege, der Erzieherinnen und Erzieher und der pflegerischen Kräfte erweitern können. Allein im Kindertagesstättenbereich fehlen nach Schätzungen ab 2013 über 3.500 Fachkräfte in Hessen.

Die Lebenshilfe selbst berichtete über Pläne, die Ausbildung an den Standorten in Marburg und Hochheim zu erweitern und dabei gezielt Menschen mit Lebens- und Berufserfahrung anzusprechen, die Interesse an einem sozialen Beruf haben.

Von allen Gesprächspartnern wurde eine konsequente Umsetzung der Beteiligungsrechte von Menschen mit Behinderung nach der UN-Behindertenrechtskonvention gefordert. Es wurde ferner betont, dass die UN-Konvention für alle Lebensbereiche Gültigkeit habe und eine zügige Verwirklichung einer umfassenden Teilhabe (Inklusion) vorsehe. Von der Landesregierung wird erwartet, dass sie zügig einen Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen für die Lebensbereiche wie z.B. Schule, Wohnen, Barrierefreiheit zur Umsetzung der Konvention vorlegt, der innerhalb der nächsten zwei bis fünf Jahre verwirklicht werden soll.

Zum Abschluss des Besuches konnten die Abgeordneten eine Klasse von angehenden Heilerziehungspflegerinnen und -pflegern besuchen und mit diesen diskutieren. Das Gespräch wurde von beiden Seiten als ausgesprochen anregend wahrgenommen.